



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN OESTERREICH

WIEN III, 1. Juli 1949.
Prinz Eugenstrasse 7
Telephon Nr. U 13500

Aktenzeichen Unser I/Eg.
Ihr

Politischer Bericht Nr. 4.

Herr Bundesrat,

Es ist für die gegenwärtige politische Atmosphäre Oesterreichs bezeichnend, dass die Nachricht von der grundsätzlichen Einigung der vier alliierten Aussenminister über den Entwurf eines Staatsvertrages mit Oesterreich nicht mit dem natürlichen Ueberschwang, der dem österreichischen Charakter seine besondere Note gibt und der nach vier Jahren des Hangens und Bangens durchaus verständlich gewesen wäre, begrüsst, sondern mit betonter Zurückhaltung aufgenommen wurde. Am Tage des Bekanntwerdens der Botschaft hatte ich Gelegenheit bei einem Empfang, den der neue rumänische politische Vertreter in Wien - Russland und einige seiner Satelliten-Staaten geben ihren diplomatischen Vertretern in Wien diese Bezeichnung - gab, mich mit dem österreichischen Bundeskanzler sowie anderen Mitgliedern der österreichischen Regierung, wie auch Angehörigen der Besetzungsmächte über die Neuigkeit des Tages zu unterhalten. Ich darf hier einschalten, dass ich mit dem rumänischen Gesandten auf korrektem kollegialem Fusse verkehre und dass der zwischen der Schweiz und Rumänien herrschenden Spannung zwischen uns keinerlei Erwähnung getan wurde.

Herr Bundeskanzler Figl, den ich zum österreichischen Erfolge schriftlich beglückwünscht hatte, zeigte sich für meine Aufmerksamkeit sehr empfänglich, hob jedoch hervor, dass bei aller Genugtuung und Freude, welche die gute Nachricht ausgelöst habe, der Beschluss der Aussenminister bloss den ersten Schritt zur völligen Befreiung Oesterreichs darstelle, die noch harte Arbeit erfordern werde; er fügte indessen hinzu, dass die grundsätzlichen Fragen doch gelöst seien und eigentlich nur die technischen Einzelprobleme noch einer Regelung bedürfen. Auf den gleichen vorsichtigen Ton waren auch die Aeusserungen anderer österreichischer Minister wie übrigens auch der hiesigen Presse gestimmt, was nach den wiederholten Phasen der Enttäuschung, welche die Staatsvertrags-Unterhandlungen bisher durchlaufen haben, nicht allzu verwunderlich erscheint.

An das
Eidgenössische Politische Departement,

B e r n .

./.

Es wird gebeten, Anfragen das Rückporto beizufügen
und unsere Aktenzeichen zu wiederholen.

*Retour
18.7.49/1/1*



Es sind in der Tat der Schwierigkeiten noch übergenuß vorhanden, um eine allzu optimistische Einstellung nicht aufkommen zu lassen. Wenn auch anscheinend von allen Alliierten der allgemeine Grundsatz der österreichischen Jurisdiktion und Souveränität für das österreichische Staatsgebiet anerkannt werden soll, so bietet doch die Abfassung derjenigen Bestimmungen, die eine gewisse Einschränkung dieses Prinzips zum Inhalt haben, im besonderen die Regelung des Statuts für die Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, deren sämtliche Niederlassungen und Arbeitsstätten in russische Hände übergehen sollen, noch reichlich Stoff zu Auseinandersetzungen und Grund zu einer misstrauischen Beurteilung der weiteren Entwicklung der Dinge. Auch wenn man nämlich feststellt, dass Sowjetrussland die Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche auf Aenderung der österreich-jugoslawischen Grenze hat fallen lassen, so ist damit noch keineswegs gesagt, dass es sich auf die Dauer an Jugoslawien, seinem Verhältnis zu Oesterreich und den strategischen Problemen, die aus diesem Verhältnis sich ergeben, desinteressieren wird. Man ist offenbar geneigt anzunehmen, dass es nicht allein wirtschaftliche Interessen sind, welche der russischen Forderung auf Anerkennung eines Sonderregimes für die DDSG und einer uneingeschränkten Ueberführungsmöglichkeit von Gewinnen der russischen Unternehmungen in Oesterreich nach Sowjetrussland zugrunde liegen. Es sollen denn auch, wie ich vernehmen habe, die militärischen Stellen der westlichen Alliierten sich gegen die Gewährung von Konzessionen auf diesem Gebiet an Russland ausgesprochen haben, und es sei die politische Führung der Westmächte gewesen, die dem russischen Standpunkt entgegengekommen sei. Seitdem die Diskussion über die künftige Ordnung der Verhältnisse in Oesterreich im Fluss ist, hat man immer wieder zu hören bekommen, dass es der sowjet-russischen Macht daran gelegen sei, mit einem Fuss auf österreichischem Boden stehen zu bleiben, um bei jeglicher künftiger Gestaltung der österreichischen Belange ein Wort mitreden zu können. Es ist deshalb auch wahrscheinlich, dass die in Rede stehenden Forderungen im Verlaufe der heute beginnenden Londoner-Verhandlungen von russischer Seite hartnäckig verteidigt werden. Sollten sie im künftigen österreichischen Statut Verwirklichung finden, so wäre wohl für Oesterreich ein Grund mehr vorhanden, die Aufstellung einer österreichischen Armee so zu fördern, dass beim Abzug der alliierten Truppen bereits eine bewaffnete österreichische Macht eingesetzt werden könnte.

Die von Bundeskanzler Figl in dieser Hinsicht öffentlich vertretene Forderung auf rasche Organisierung einer österreichischen Wehrmacht hat einer heftigen Polemik

- 3 -

in den kommunistischen Blättern gerufen, während das sozialistische Parteiorgan dem Projekt zwar zustimmt, aber mit der Einschränkung, dass in der zu schaffenden Heeresorganisation die demokratischen Auffassungen gewahrt werden müssten. In dieser Sache wird die Schwäche der sozialdemokratischen Politik, die ihren Kampf sowohl gegen den innern bürgerlichen Gegner, als auch gegen den kommunistischen Landesfeind gleichzeitig zu führen gezwungen ist, offenkundig, denn sie könnte zur Folge haben, dass aus innenpolitischen Gründen in der Armeefrage gegenüber dem kommunistischen Standpunkt eine Nachgiebigkeit gezeigt wird, die leicht verhängnisvoll werden könnte.

Wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dürften in dem bevorstehenden Wahlkampf zur Neubestellung des Nationalrates, die auf den 9. Oktober festgesetzt wurde, die den Parteien zur Verfügung stehenden Argumente schonungslos ausgewertet werden, und es ist damit zu rechnen, dass der Kampf in der Hauptsache auf dem Boden des Gegensatzes zwischen dem Bürgertum und den beiden Linksparteien ausgefochten werden wird.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE
IN ÖSTERREICH

